

Langfristig orientiertes Infrastrukturmanagement

Rund 60 Personen nahmen Mitte Juni an der Mitgliederversammlung der Fachorganisation Kommunale Infrastruktur im Flughafen Zürich teil. Schwerpunkte der Tätigkeit im Jahr 2009 waren Weiterbildungsveranstaltungen, die Revision der Technischen Verordnung Abfall und die Problematik der Mikroverunreinigungen im Abwasser.

Präsident Alain Jaccard, Morges, unterstrich in seiner Begrüssungsansprache die Bedeutung funktionierender Infrastrukturnetze und ihrer Sicherung für die Zukunft. Die Instrumente für eine nachhaltige Netzverwaltung seien vorhanden, mit ihnen könnten der optimale Unterhalt und der langfristige Betrieb der Netze gewährleistet werden. «Voraussetzung ist allerdings, dass alle Akteure diese Instrumente in ihrem eigenen Bereich einrichten und auch nutzen», betonte Jaccard.

Gleichzeitig müssten die finanziellen Mittel für den Ersatz und den Unterhalt der unterirdischen Netze gesichert werden, denn gerade in Zeiten mit angespannten Gemeindebudgets sei es verlockend, bei der Werterhaltung zu sparen. Jaccard warnte davor, zuzuwarten und erst bei Netzausfällen, Leitungsbrüchen oder sonstigen Betriebsstörungen einzugreifen. Die kommunalen Betriebe und deren politische Entscheidungsträger müssten den zukünftigen Bedarf beurteilen und entsprechende Rückstellungen tätigen. Dies könne über eine Anpassung der Preise, der Gebühren oder sogar der gesetzlichen Bestimmungen erfolgen. Er sei überzeugt, so Jaccard, dass die unterirdischen Ver- und Entsorgungsnetze auch für zukünftige Generationen zu einem bezahlbaren Preis in einem funktionstüchtigen Zustand erhalten werden könnten. Es sei deshalb – neben der Interessensvertretung, der Weiterbildung und Beratung – eine Daueraufgabe der Kommunalen Infrastruktur (KI), immer wieder auf die Notwendigkeit eines langfristig orientierten Infrastrukturmanagements hinzuweisen.

Mikroverunreinigungen im Abwasser

Vizepräsident Beat Ammann erläuterte die Problematik der Mikroverunreinigungen im Abwasser, mit der sich die KI in den letzten Monaten intensiv auseinandersetzte. Organische Mikroverunreinigungen gelangen über verschiedene Wege ins Wasser und bergen für



Die Kommunale Infrastruktur setzt sich mit der Problematik der Mikroverunreinigungen im Abwasser auseinander und engagiert sich dafür, dass der Bund die Revision der Gewässerschutzverordnung sistiert. (Bild: ARA Region Lyss)

Mensch und Tier Risiken. Es sei deshalb richtig, dass die Problematik sorgfältig analysiert werde, sagte Ammann, der aber das Vorgehen des Bundes kritisierte. Trotz noch laufender Forschungsarbeiten und ohne angemessenen Einbezug von Kläranlagenbetreibern und kantonalen Fachstellen habe der Bund Ende 2009 eine Revision der Gewässerschutzverordnung in die Anhörung geschickt. Die in der Revision geforderte Erweiterung der 100 grössten Kläranlagen der Schweiz hätte gemäss Ammann Investitionen von über 1,2 Mrd. Franken zur Folge. «Für die Betreiber der betroffenen Kläranlagen fehlen derzeit die Fakten, die diesen teuren Ausbau und den sehr energieintensiven Betrieb rechtfertigen», stellte Ammann fest. Nach den Vorstellungen des Bundes sollen diese Massnahmen von den betroffenen Gebührenzahlern und Kantonen finanziert werden. Dieser Vorschlag verletzete das Verursacherprinzip krass,

sagte Ammann. Zusammen mit den Kantonen setzt sich die KI deshalb dafür ein, dass der Bund die Revision sistiert und mit den Betroffenen tragfähige Lösungen entwickelt.

Mitsprache bei der TVA-Revision

KI-Geschäftsführer Alex Bukowiecki informierte in Klotten kurz über die aktuellen Geschäfte im Abfallbereich. Im Zentrum steht derzeit die Revision der Technischen Verordnung über Abfälle (TVA). Die KI konnte die kommunalen Interessen in der Begleitgruppe des Bundes einbringen. Das Kernanliegen sei nach wie vor eine gemeindeverträgliche Umsetzung der vom Parlament beschlossenen Teilliberalisierung der Abfallsammlung von hauskehrichtähnlichem Abfall aus Gewerbebetrieben, betonte Bukowiecki. Die KI fordert deshalb eine Mengenschwelle in der Höhe von 50 Tonnen Abfall pro Betrieb und Jahr als Mindest-

menge für eine freie Wahl des Entsorgers. Die Fachorganisation lehnt eine völlige Neudefinition des Begriffs Siedlungsabfall ab. Wenn – so ein Vorschlag des Bundesamtes für Umwelt (Bafu) – nur noch Abfälle aus Haushaltungen als Siedlungsabfälle gelten würden, hätte das für alle Gemeinden grosse Konsequenzen, die heute Abfälle aus dem Gewerbe durch ihren Abfallsammler mitentsorgten. Den Gemeinden würde damit auch die Basis für die Erhebung von Grundgebühren beim Gewerbe entzogen.

Wie Bukowiecki weiter informierte, sind auch neue Vorschriften für die Rückgewinnung von Phosphor aus dem Klärschlamm, Ersatzbrennstoffe für Zementwerke sowie Auflagen zur Metallrückgewinnung aus KVA-Schlacke und Filterasche Gegenstand der Diskussion. Das Bafu hat einen ersten Verordnungsentwurf für Ende Jahr in Aussicht gestellt und den 1. Januar 2012 als frühesten Termin für das Inkrafttreten genannt.

Altpapier deckt die Kosten nicht

Bukowiecki gab in Kloten erste Resultate der im letzten Jahr durchgeführten Untersuchung über die Separatsamm-

lungen bekannt. Die von der KI durchgeführte Studie brachte erwartungsgemäss eine breite Streuung der Daten. Trotzdem, so Bukowiecki, zeige die Untersuchung, dass bei den Separat-

Kommunale Infrastruktur

Die KI zählt aktuell 216 Mitglieder – Gemeinden und Städte, Zweckverbände, kantonale Fachstellen sowie Gönner und Firmen. Die Fachorganisation des Schweizerischen Städteverbandes und des Schweizerischen Gemeindeverbandes setzt sich politisch und fachlich auf Bundesebene für ein nachhaltiges Management der kommunalen Infrastrukturen ein. Sie unterhält Fachgruppen in den Bereichen Abfall, Abwasser, Strassen, Umwelt und Energie sowie Immobilien und organisiert Tagungen und Kurse zu Themen aus den Bereichen Werkhof, Abfallwirtschaft, Betriebswirtschaft, Finanzplanung und Personalführung. Die KI veröffentlicht Empfehlungen, Publikationen und Newsletter; die «Schweizer Gemeinde» ist das offizielle Informationsorgan.

sammlungen von Papier, Glas, Alu und Weissblech die Vergütungen aus Branchenlösungen und die Materialerlöse die Kosten der Gemeinden nicht deckten. Gemäss einer Hochrechnung der KI resultieren aus diesen Sammlungen ungedeckte Nettokosten von rund 70 Mio. Franken pro Jahr, die aus den kommunalen Grundgebühren berappt werden müssen. Die Studie hat gemäss Bukowiecki aber auch gezeigt, dass einheitliche Leistungs- und Kostenkennzahlen und eine klare Definition der Recyclingquote notwendig sind. Die detaillierten Resultate werden im Herbst 2010 publiziert.

Albert Schweizer neu im Vorstand

Die Versammlung wählte schliesslich Albert Schweizer, den Präsidenten der neuen Fachgruppe Immobilien, als zusätzliches Mitglied in den Vorstand. Schweizer ist Bereichsleiter Liegenschaften in der Stadtverwaltung Schlieren. Die Fachgruppe hat ihre Arbeit im letzten Jahr aufgenommen und damit begonnen, die Kernelemente von kommunalen Immobilienstrategien zu definieren.

Steff Schneider